

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-CB/BUH

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein

Priorität

<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

Informations hebdomadaires rapides no 46/90 du 12.11.1990

- 1) Situation in Irak/Kuwait am 12. November 1990
- 2) Entretien de M. le Conseiller fédéral J.P. Delamuraz (CFD) avec M. Poos (P), Ministre des affaires étrangères du Luxembourg, Le 7 novembre 1990
- 3) '40 ans de protection de droits de l'homme par le Conseil de l'Europe: réalisations, perspective, vocation européenne'
- 4) 87e Session du Comité des Ministres (CM) du Conseil de l'Europe (CdE)

1) Situation in Irak/Kuwait am 12.11.1990

1. Lage der Schweizer im Irak

Es verbleiben, nach der Ausreise von Margrith Straessle und Paul Kueng, 22 ausreisewillige Schweizer im Irak.

2. Nationalratskommission befuerwortet Bundesratspolitik

Datum:	12.11.1990
Tel. intern	30.66

Visum:

K. J. L.

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Die Nationalratskommission fuer auswaertige Angelegenheiten unterstuetzte am 5. November klar die bundesraetliche Politik, keine Parlamentarier- oder Regierungsdelegation nach dem Irak zu entsenden und mit Bagdad nicht ueber die Geiseln zu verhandeln. Durch die Entsendung einer offiziellen Delegation wuerde die internationale Solidaritaet beeintraechtigt. Eine inoffizielle parlamentarische Delegation, wie von NR Ziegler vorgeschlagen, lehnte die Kommission ab. Indessen gab sie der Hoffnung um einen Erfolg der UNO-Bemuehungen zur Befreiung der Geiseln Ausdruck.

3. Zitierung des irakischen Botschafters durch BR Felber

Bundesrat Felber zitierte am 8. November erneut den irakischen Botschafter Al-Dairi (AD). Er wies darauf hin, dass die Schweiz mit dem bewilligten Medikamentenflug eine humanitaere Geste getan habe. Die Schweiz verlange nun vom Irak in einer ebenfalls autonomen Geste die unverzuegliche und bedingungslose Freilassung saemtlicher Schweizer. Parallel dazu unternahm Botschafter Moser eine Demarche im irakischen Aussenministerium.

4. Schliessung der irakischen Botschaft in Bern

(Vertraulich) Waehrend der Vorladung bei BR Felber erklarte (AD) unvermittelt, dass er gerade die Nachricht aus Badad

Datum: _____	Visum:
Tel. intern _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

3

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

erhalten habe, wonach die irakische Botschaft in Bern geschlossen werde. Das Personal habe in 1 - 2 Monaten nach Bagdad zurückzukehren. Eine Nachfrage Botschafter Mosers bei Al-Hamid (AH), Chef der politischen Abteilung ergab, dass die Botschaft lediglich aus finanziellen Gründen (Chase Manhattan Bank bezahle nicht mehr) geschlossen werde, wie z.B. auch die Vertretungen in Conakry, Dar Es-Salam, Bamako, Bombay und Karachi. Die Mission in Genf bleibe bestehen, und man werde konsularische Angelegenheiten von Genf aus betreiben. Weiter bestehende Vertretungen werden personell z.T. drastisch reduziert. (AH) erklärt, diese Massnahme, zu welcher der Irak gezwungen sei, habe nichts mit den irakisch-schweizerischen bilateralen Beziehungen zu tun, und wir sollen sie in keiner Weise so interpretieren. Er legte Wert darauf, dass BR Felber in diesem Sinne orientiert werde.

5. Von-Wattenwyl-Gespräche

Anlaesslich der Von-Wattenwyl-Gespräche zwischen Vertretern der Landesregierung und der Bundesratsparteien nahmen die Vertreter der FDP, CVP, SVP, und SP von der geplanten privaten Politikerdelegation Kenntnis und hatten nichts dagegen einzuwenden. Die Bundesratsparteien befürworteten eine "aktivere" Rolle der Schweiz für eine friedliche Lösung des Golfkonfliktes. Sie machten diesbezüglich jedoch keine

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

4

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

genaueren Vorschlaege, da dies Aufgabe des Bundesrates und des EDA sei.

6. Geplante Politikerreise

Am 8. November besprachen NR und LdU-Praesident Jaeger (J) und Ringier-Redaktor Zbinden mit dem irakischen Botschafter Al-Dairi (AD) eine geplante Politikerreise. (AD) soll sich erstaunt gezeigt haben, dass die Schweiz ''als einziges Land'' noch keine Delegation nach dem Irak geschickt habe. Inzwischen bildete sich eine Politikerdelegation bestehend aus ''Gruppenkoordinator'' NR Edgar Oehler (CVP), NR Massimo Pini (FDP), NR Jean Ziegler (SP), NR Franz Jaeger (LdU) und Journalisten. Noch offen ist die Teilnahme eines SVP-Vertreters. NR Markus Ruf (Schweizer Demokraten) wird von der Delegation nicht akzeptiert. Der Abflug ist fuer Mittwoch vorgesehen. Die Mission soll 3 Tage dauern und wurde von NR Oehler mit dem irakischen Botschafter koordiniert. Rein privaten Charakters sind auch die geplanten Missionen des Chirurgen Dr. Hubmann und des Geschaefstsmannes R. Maurer. Diese Delegationen haben weder vom Bundesrat noch vom Parlament ein offizielles Verhandlungsmandat.

7. Babyfood und Milchpulver

Eine Lieferung von Babyfood und Milchpulver der Firma Nestle

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum: _____

Referenzen und Initialen:

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

5

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

im Wert von Fr. 10 Mio, hatte die Schweiz bereits vor dem 2. August verlassen und ist zur Zeit blockiert. Der irakischen Aufforderung zur Freigabe dieser Lieferung wurde nicht entsprochen. Grundsätzlich ist die Schweiz bereit zu einer Beteiligung an humanitären Nahrungsmittellieferungen unter strengen Bedingungen (vorliegende Mangelsituation, internationaler Rahmen, Gutheissung durch UNO-Sanktionskomitee 661, Verteilung und Kontrolle durch internationale Organisationen, was der Irak bisher ablehnte).

8. Initiative des SRK

Auf Initiative des Schweizerischen Roten Kreuzes hin, wurden erste Vorgespräche aufgenommen, um die Möglichkeit einer SRK-Mission rein humanitären Charakters (Arztdelegation) abzuklären. Diese Mission würde lediglich dazu dienen, Schweizer zu besuchen, im hypothetischen Falle, dass die erwähnte Politikerdelegation nur die Ausreise eines Teils der Schweizer erreicht.

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

6

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Entretien de M. Le Conseiller fédéral J.P. Delamuraz (CFD) avec M. Poos (P), Ministre des affaires étrangères du Luxembourg, le 7 novembre 1990.

A l'occasion de son déplacement à Luxembourg pour la réunion des parlementaires AELE-CE, CFD s'est entretenu, en sa qualité de Président du Conseil des Ministres de l'AELE, avec P, qui présidera le Conseil des CE au 1er semestre 1991.

Le message apporté par CFD est le suivant:

- Les pays de l'AELE souhaitent que la CE mette a disposition davantage de ressources pour la négociation EEE;
- pour entrer en vigueur le 1.1.1993, le traité sur l'EEE doit être signé dans la première moitié de 1991, ce qui suppose une percée politique assez rapide;

5.87 80 000 39665	Datum: _____	Visum:
	Tel. intern _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

7

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

- les pays de l'AELE sont prêts à rechercher les moyens pour encore réduire leurs demandes de dérogations, à condition cependant que la CE fasse une offre satisfaisante sur les institutions;
- Même si des doutes ont pu surgir du fait des récentes déclarations suédoises, l'EEE reste l'objectif essentiel pour les pays de l'AELE. Ceux-ci vont tout faire pour négocier un bon traité. Celui-ci n'exclut pas des négociations ultérieures sur l'adhésion;
- L'adhésion n'est pas une alternative à l'EEE: la CE a clairement fait savoir qu'elle n'entrerait pas en matière sur des demandes d'adhésion dans un avenir immédiat; dans l'intervalle, il convient de ne pas perdre de temps.

Dans sa réponse, P, qui venait de rencontrer le président Delors la veille pour établir le programme du semestre prochain, a souligné que la CE était aussi déterminée à poursuivre la négociation et qu'il souhaitait que la signature du traité puisse avoir lieu à la fin du premier trimestre de 1991. Pendant les prochaines 4-6 années la CE continuera de fonctionner dans sa formation actuelle et il faut dès lors qu'un cadre stable soit créé pour les relations avec les pays de l'AELE. Deux nouvelles complications ont surgi :

Datum: _____	Visum: _____
Tel. intern. _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Norm. Dring.

<input type="checkbox"/>

Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

8

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

- d'une part les déclarations suédoises sur l'adhésion et le renversement du gouvernement norvégien, qui ont pour effet d'insécuriser les négociateurs communautaires;
- d'autre part les pays du sud de la CE s'inquiètent des contreparties qu'ils pourront obtenir au titre de la participation des pays de l'AELE à des mesures de cohésion; la CE fera des propositions à cet égard dans les semaines qui viennent.

En ce qui concerne les demandes de dérogation des pays de l'AELE, P estime que la majorité d'entre elles pourront être réglées par des clauses de sauvegarde, dans la gestion desquelles les pays de l'AELE auront leur mot à dire.

Pour ce qui est du mécanisme de décision, l'optique des pays de l'AELE n'est pas partagée ni par la Commission ni par la majorité des Etats membres qui estiment que la CE doit rester le pivot des procédures. Le fait que 90% de l'acquis sera en place après 1992 et que les mécanismes de décision de l'EEE ne s'appliqueront qu'aux 10% restants devrait faciliter l'acceptation par les pays de l'AELE.

Datum: _____	Visum:
Tel. intern _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

9

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Dans sa réplique, CFD a regretté que les demandes de la CE pour la participation des pays de l'AELE à des mesures de cohésion et d'éventuelles demandes agricoles ne soient annoncées que maintenant. Il est essentiel pour les pays de l'AELE de les connaître rapidement pour avoir une vue d'ensemble de la négociation. Quant aux demandes de dérogation, les pays de l'AELE ont besoin de périodes transitoires pour 'digérer' certaines parties de l'acquis et de sauvegardes dans les domaines où ils ont des intérêts essentiels à préserver. En ce qui concerne le volet institutionnel, les pays de l'AELE veulent un traité dans lequel il y ait un équilibre entre institutions et substance. Ceci suppose un mécanisme de décision qui permette d'éviter des situations de fait accompli et de satellisation.

P admet qu'un traité déséquilibré posera immédiatement la question d'une adhésion. Il met toutefois en garde quant à une opposition probable du Parlement européen à des formules "sui generis", qui donneraient l'impression que les pays de l'AELE ont plus de pouvoirs que le Parlement.

5.17 00 000 39565

Datum: _____	Visum:
Tel. intern _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

10

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

3) "40 ans de protection des droits de l'homme par le Conseil de l'Europe: réalisations, perspective, vocation européenne"

A l'occasion du 40e anniversaire de la signature de la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH), s'est déroulée à Rome, le 5.11.1990, une Conférence ministérielle informelle à laquelle a participé une délégation suisse conduite par l'Ambassadeur Y. Moret (RP Strasbourg). Les points saillants des conclusions tirées au terme de cette conférence, qui réunissait les 23 pays membres du Conseil de l'Europe ainsi que les 11 autres Etats participant à la CSCE, sont les suivants: vu la surcharge de la Commission et de la Cour, il est indispensable de rationaliser et d'améliorer le mécanisme de contrôle de la CEDH et d'en renforcer le caractère judiciaire et indépendant; le Protocole no. 9 à la CEDH, qui permet au requérant individuel de saisir la Cour à certaines conditions, constitue un pas significatif à cet égard. Vu l'importance de la Charte sociale européenne comme instrument de protection des droits économiques et sociaux en Europe, il est nécessaire de lui donner une nouvelle impulsion du point de vue de son mécanisme de contrôle, mais aussi sur le plan de son contenu. Les droits de l'homme faisant l'identité et l'unité de la nouvelle Europe, le Conseil occupe une place centrale dans sa construction; celle-ci se fait notamment par l'adhésion des pays d'Europe centrale et orientale au Conseil et à la CEDH, mais elle pourrait se faire également, le cas échéant,

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialien

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

11

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

par l'adhésion de la CEE en tant que telle à la CEDH; enfin, vu que les acquis et les structures de Strasbourg constituent la référence la plus sûre pour réaliser les objectifs du processus d'Helsinki en matière de droits de l'homme, le Conseil devrait pouvoir apporter une contribution essentielle à la mise en oeuvre de la dimension humaine de la CSCE, notamment en invitant les pays non-membres du Conseil à prendre part à ses activités intergouvernementales et parlementaires dans le domaine des droits de l'homme et en ouvrant à ces Etats certaines de ses conventions, par exemple la Convention européenne pour la prévention de la torture.

4) 87e Session du Comité des Ministres (CM)
du Conseil de l'Europe (CdE):

Le CM du CdE a tenu sa 87e Session le 6 novembre 1990 à Rome. La délégation suisse était dirigée par le Secrétaire d'Etat Jacobi (JAC). Les discussions ont surtout porté sur les perspectives du prochain Sommet de Paris de la CSCE et sur l'approfondissement des relations du CdE avec les pays d'Europe centrale et de l'Est. Cette Session a été marquée par l'adhésion de la Hongrie comme 24e membre. Pour la première fois, c'est l'Allemagne unifiée qui y était représentée. La Pologne, qui a d'ores et déjà été invitée à adhérer au CdE dès que des élections législatives libres et démocratiques s'y seront déroulées, était représentée, à titre

Datum: _____

Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

12

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

d'observateur, par le Secrétaire d'Etat aux AE Makarczyck. Le MAE tchécoslovaque Dienstbier avait également été invité.

Les Ministres ont décidé de poursuivre les relations avec la Yougoslavie et la Bulgarie en vue d'un rapprochement progressif et de maintenir des contacts techniques avec la Roumanie. Ils ont invité l'URSS a adhérer à la Convention culturelle européenne. Les Ministres ont exprimé l'avis que le CdE doit apporter une contribution essentielle dans la mise en oeuvre des objectifs de la CSCE relatifs à la dimension humaine (droits de l'homme, contacts humains, compétence juridique, culture, éducation, information). Ils ont salué le fait que le Secrétaire Général du CdE ait été invité à faire une contribution au Sommet de Paris. JAC a exprimé le voeu que la répartition des compétences entre la future CSCE et

les organisations existantes se fasse en tenant compte des spécificités et de l'expérience de chacune d'entre elles.

Les Ministres ont également exprimé leur soutien à l'établissement, dans le cadre de la CSCE, d'une assemblée regroupant des délégations parlementaires de tous les Etats participant à la CSCE et qui tienne en compte l'expérience et les structures de l'Assemblée parlementaire du CdE. Il a été suggéré, dans cette perspective, que le Président de l'Assemblée parlementaire et le Secrétaire Général fassent un voyage d'information aux Etats-Unis et au Canada.

Enfin, ils se sont félicités des résultats de la Réunion quadri-

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

13

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

partite du mois d'octobre entre le CdE et la CE qui avait
notamment conclu que 'le CdE constitue la première structure
d'accueil au sein de la coopération européenne pour les pays
d'Europe centrale et de l'Est'.

K. Jacobi

////

Copie: BRF JAC CM

NNNN

Datum: _____

Tel. intern _____

Visum: _____

i.A.22.14.7.3.-CB/BUH

Bern, den 12. November 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 46/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) EFTA/EG-Umweltministerkonferenz, Genf, 5. November 1990	2
2) Staatssekretär Jacobi in Albanien vom 1./5. November 1990	4
3) Visite di lavoro del Segretario di Stato Franz Blankart (blf) presso le autorità belghe (18./19.10.1990) et lussemburghesi (5.11.1990)	7
4) 5e réunion conjointe de la Commission des relations économiques extérieures et du Comité des Parlementaires de l'AELE, 6-7 novembre 1990	10
5) Gulf Crisis Financial Coordination Group (GCCG), 3e séance, Rome, 5.11.1990	12
6) Blanchiment des capitaux, séance constitutive du nouveau Groupe d'Action Financière (GAFI), Paris, 5.11.1990	14
7) Ministerkonferenz der Pompidou-Gruppe in Strassburg	16

1) EFTA/EG-Umweltministerkonferenz, Genf, 5. November 1990

Unter dem Vorsitz von Bundesrat Cotti fand am Montag, 5. November 1990 in den Räumen des EFTA-Sekretariates in Genf die 2. EFTA/EG-Umweltministerkonferenz im Rahmen des Noordwijk-Mechanismus statt. Es nahmen die für die Umweltbelange zuständigen Minister der EFTA- und EG-Staaten und Liechtensteins sowie der EG-Kommissar für Umweltfragen teil.

An ihrer 1. Konferenz im niederländischen Noordwijk Ende Oktober 1987 hatten die Minister und der EG-Kommissar in einer Erklärung ihre Absicht festgelegt, den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Umweltprobleme zu intensivieren und die Konsultationsmechanismen auf allen Ebenen zu verbessern. Sie unterstrichen namentlich auch die Notwendigkeit einer frühzeitigen gegenseitigen Information über Gesetzesvorhaben und einer Entwicklung von abgestimmten Zielsetzungen und Strategien. Ein wichtiges Anliegen war zudem die Aussprache über ihre Positionen im Hinblick auf internationale Bestrebungen und Konferenzen im Umweltbereich.

Trotz verschiedener Treffen, die v.a. auf technischer Ebene stattfanden, erfüllte der Noordwijk-Mechanismus die in ihn gesetzten Erwartungen nicht. Insbesondere liess auf Seiten der EG das Engagement stark zu wünschen übrig. Die EFTA-Partner erhofften sich denn auch, durch die Konferenz den Zusammenarbeitsprozess wiederbeleben und ihm neue Impulse verleihen zu können.

Der Verlauf und das Ergebnis des Ministertreffens hinterlassen diesbezüglich einen zwiespältigen Eindruck. Zum einen gelang es zwar, in der Klimafrage eine gemeinsame Haltung zu definieren auch bezüglich der Emissionsziele (Stabilisierung des CO₂-Ausstosses bis 2000 auf Niveau 1990, Prüfung von Reduktionszielen/-strategien mit Zieljahren 2005 und 2010). Eine solche Abstimmung EG/EFTA im Vorfeld einer internationalen Konferenz (ministerieller Teil der 2. Welt-Klimakonferenz) stellt ein Novum dar und ist positiv zu werten, auch wenn die gemeinsame Haltung nicht das Ergebnis eines gemeinsamen Vorbereitungsprozesses war. Ermutigend ist auch, dass sich EG und EFTA darauf einigten, dass für den Verhandlungsprozess der Klimakonvention die Abstimmungsanstrengungen weitergeführt werden sollen.

In anderen, für die EFTA-Länder wichtigen Traktanden, zeigte sich die EG dagegen zum Teil wenig offen. Der Gedankenaustausch zum Stand der Verhandlungen in den Umwelt-relevanten Bereichen des EWR beschränkte sich auf die Präsentation durch die EG-Kommission und eine entsprechende Stellungnahme der EFTA-Länder. In der Frage der von den EFTA-Ländern angestrebten gleichberechtigten Mitgliedschaft in der europäischen Umwelt-Agentur wollte die EG keine über das entsprechende Reglement hinausgehende Zusagen machen. Im Transportbereich konnte dagegen ein für die Alpenländer wichtiger kleiner Erfolg erzielt werden, indem die EG-Staaten anerkannten, dass den besonderen Umwelthanliegen der Transitländer Rechnung getragen werden sollte. Weitere Traktanden wurden zu einer vertieften Behandlung an die Gruppe der hohen Beamten weitergeleitet. Diese sollen sich im ersten Halbjahr 1991 in Oesterreich treffen, wobei insbesondere Transportfragen, wirtschaftliche und fiskalische Instrumente sowie die Oeko-Etikettierung auf der Tagesordnung stehen sollen.

- 3 -

Fazit: Aus EFTA-Sicht war der Noordwijk-Prozess bisher wenig befriedigend. Die Ministerkonferenz hat ihm sicherlich gewisse neue Impulse gegeben. Ob aber eine neue Dynamik entstehen können wird, wird sich erst noch zeigen müssen. In Ermangelung einer Alternative und angesichts der Bedeutung der Zusammenarbeit der 20 im Umweltbereich sind die Anstrengungen EFTA-seitig zur Stärkung des Prozesses weiterzuführen. Die EFTA Gruppe kann dabei insbesondere auf die Unterstützung einiger EG-Länder (v.a. Deutschland, die Niederlande, Dänemark) zählen, die über die Zusammenarbeit mit den EFTA-Ländern den Druck in den eigenen Reihen auf die Umwelt-politisch rückständigen EG-Mitglieder zu erhöhen suchen.

2) Staatssekretär Jacobi in Albanien vom 1./5. November 1990

Auf Einladung von Vizeausserminister Sokrat Plaka weilte Staatssekretär Jacobi (JAC) zu einem offiziellen Besuch in Tirana. Weitere Gespräche führte JAC mit AM Reis Malile, Aussenhandelsminister Farudin Hoxha, und Ministerpräsident Adil Carcani. Weitere Kontakte fanden mit verschiedenen Intellektuellen (Professoren, Journalisten, Studenten) und Opponenten statt. Hauptzweck des Besuches war eine Bestandesaufnahme über den Reformprozess in Albanien. Aehnliche Besuche auf Niveau Staatssekretär/Politischer Direktor fanden in den vergangenen Monaten von Finnland, Schweden, EG-Troika, und Italien statt.

JAC hielt eine Rede vor Studenten an der Universität Tirana, eine Premiere für einen offiziellen ausländischen Besucher. Hauptgegenstand der Rede war ein KSZE-Vademecum (Text wurde KSZE-Botschaften zugestellt). Dass Rede an Universität ohne Probleme möglich war, ist Hinweis auf Oeffnungsbemühungen der Regierung.

Gesamteindruck:

Die albanische Regierung ist fest entschlossen, aus der langen, selbstgewählten Isolation herauszukommen. Im aussenpolitischen Bereich sollte dies durch die angestrebte Vertiefung der bilateralen Beziehungen in Europa, die aktive Teilnahme an der Balkan-Kooperation und die Teilnahme am KSZE-Prozess relativ problemlos erfolgen. Ebenso hat Albanien erkannt, dass umfassende wirtschaftliche Reformen notwendig sind, um das Land aus der wirtschaftlichen Stagnation zu befreien. Fortschritte werden jedoch nur Schritt für Schritt erzielt werden können. Politische Reformen sind zwar ebenfalls in die Wege geleitet, doch ist eine abschliessende Beurteilung über die Ernsthaftigkeit derselben derzeit noch schwierig. Das Regime bekennt sich zu einem vermehrten Pluralismus (wenn auch noch nicht im Sinne der westlichen Demokratien) und zu einem Ausbau der demokratischen und individuellen Rechte und hat auch bereits verschiedene diesbezügliche gesetzliche Reformen (Wahlgesetz) in die Wege geleitet. Der Reformprozess erfolgt von oben herab, eine organisierte oder sonst klar erkennbare Opposition fehlt. Zweifel sind angebracht, ob die Vertreter des bestehenden Regimes fähig und gewillt sind, den Demokratisierungsprozess auch auf Kosten des alleinigen Machtanspruchs der Partei zu fördern. Die allerjüngste Rede von Präsident Ramiz Alia vor dem Zentralkomitee, in welchem erstmals das Parteimonopol als auch das in der Verfassung verankerte Religionsverbot von höchster Seite zur Diskussion gestellt werden, könnte jedoch eine entscheidende Wende darstellen.

JAC begrüsst die in Angriff genommenen Reformen und ermutigt die albanischen Gesprächspartner zu einer Ausweitung des Reformprozesses. Die Reformen müssten nicht nur in Deklarationen oder auf dem Papier erfolgen, sondern ebenso in die Praxis umgesetzt werden. Die Staaten Europas und namentlich auch die Schweiz seien vor allem interessiert, Albanien auf seinem Weg nach Europa zu unterstützen.

Aussenpolitik

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit UdSSR bereits erfolgt, mit USA im Grundsatz geregelt und kurz bevorstehend. Die Gespräche für die Normalisierung der Beziehungen mit Grossbritannien sind im Gange.

Balkan-Kooperation: Die Balkan-Zusammenarbeit (mit Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Türkei) hatte für Albanien einen ersten Höhepunkt in der Aussenministerkonferenz vom 25./26. Oktober in Tirana, dem ersten internationalen Treffen in Albanien überhaupt. Albanien zeigte sich sehr kooperativ an der Konferenz und ist jetzt für 1 Jahr für das Sekretariat zuständig.

Für Albanien bedeutet Balkan-Kooperation wichtiges Instrument im Ausbau der bilateralen Beziehungen in der Region und Annäherung an die KSZE.

(Besten Dank den Konferenz-Ländern für erfolgte Berichterstattung.)

Beziehungen zu Jugoslawien: Verhältnis zu Serbien aus bekannten Gründen (Kosovo-Albaner) sehr gespannt. Albanische Regierung sucht Unterstützung bei Slowenien und Kroatien. Die Kosovo-Problematik steht bei sämtlichen aussenpolitischen Diskussionen Albaniens ständig indirekt im Raum.

Beziehungen mit BRD, und vor allem mit Frankreich, als Folge der Vorgänge in Tirana im Juli (Flüchtlingsexodus in die Botschaften) stark unterkühlt.

KSZE

Volle KSZE Teilnahme ist Priorität albanischer Aussenpolitik. Aufschieben der Zustimmung zum vollen Beitritts-gesuch wird nicht verstanden, "teilnahmeberechtigt ist jeder europäische Staat"; "was hilft es, wenn berechnigte Teilnahme weiter hinausgeschoben wird?". Dennoch realisiert Tirana, dass ein positiver Entscheid wegen des notwendigen Konsensus frühestens im Laufe des nächsten Jahres erwartet werden kann. JAC begrüsst Absicht Albaniens zur Teilnahme an der KSZE. Dies erfordere jedoch eine Uebernahme des KSZE-Acquis zumindest der wichtigsten Elemente, wie z.B. freie Wahlen, Religionsfreiheit etc.). Albanien müsse mittels Anwendung zentraler KSZE-Prinzipien bei KSZE-Partnern das notwendige Vertrauen zur Konsensbildung schaffen.

Politische Reformen

Die Situation ist derzeit schwierig zu beurteilen. Regierung betont Wille zur Demokratisierung, dieser Entscheid sei irreversibel. Aber wie weitreichend werden diese Reformen sein? Wichtigste bisherige Massnahmen:

- neues Wahlgesetz: minimal 2 Kandidaten, auch von parallelen Organisationen (Demokratische Front, Gewerkschaften, Frauen Jugend, Intelligenzija etc.). Bisher waren diese Organisationen weitgehend unter der Kontrolle der Partei. Vorläufig keine anderen Parteien zugelassen, trotzdem Trend zu mehr Pluralismus.
- Passgesetz: Ausreise de iure zum Teil möglich, de factor jedoch sehr schwierig (teure Gebühren und keine Visa erhältlich).
- Religionsfreiheit: bisher keine grundlegende Oeffnung (Kirchen und Moscheen nach wie vor geschlossen; keine geistlichen Seelsorger vorhanden). Jüngste Erwähnung von Präsident Alia einer möglichen Aenderung des noch in Kraft stehenden verfassungsmässigen Religionsverbotes positives Indiz.

JAC unterstreicht die Bedeutung, die einer umfassenden Demokratisierung für die innere Entwicklung Albaniens als auch für dessen Annäherung an Europa beizumessen ist. Prioritär sind der Aufbau pluralistischer Strukturen und die Respektierung elementarer individueller Rechte, wie z.B. Religionsfreiheit, freie Meinungsäusserung, freie Ausreise etc.

Wirtschaftliche Reformen

Die wirtschaftliche Situation präsentiert sich als wenig rosig. Als ärmstes Land Europas steht Albanien auf Stufe Entwicklungsland (BSP/Kopf 535 US\$). 1945: 90 % Analphabetismus; heute weitgehend eliminiert. Wirtschaftliche Entwicklung praktisch stagniert. Gründe: traditionelle Armut, Planwirtschaft, wirtschaftliche Isolation.

Positive Faktoren: Entwicklungspotential, da ausgesprochen rohstoffreiches Land (Chrom, Nickel, Kupfer, Kohle und Erdöl). Regierung hat erkannt, dass tiefgreifende Reformen notwendig sind:

- Abkehr vom verfassungsmässigen Verbot der staatlichen Auslandskredite (heutige Auslandverschuldung gleich Null);
- Investitionsschutz und -förderung (Gesetz in Kraft);
- Interesse an Joint Ventures;
- erste beschränkte Initiative für kleine Privatunternehmungen;
- erste Versuche zur Einführung eines Leistungslohnes.

JAC betont, dass die Schweiz die Bemühungen um wirtschaftliche Reformen unterstützt. Diese werden jedoch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Kurzfristige Erfolge sind nicht zu erwarten. Die fehlende Infrastruktur, die für ausländische Investitionen notwendig ist, kann nur in Zusammenarbeit mit multilateralen Institutionen aufgebaut werden. Eine Zusammenarbeit/Mitgliedschaft Albaniens mit den Bretton Woods Institutionen und der BERD erscheint deshalb prioritär. Die albanische Regierung hat offensichtlich diesbezüglich bereits erste Fühler ausgestreckt.

Bilaterale Fragen

Bilaterale Beziehungen sind gut, wenn auch nicht sehr intensiv. Schweiz geniesst in Albanien grosses Prestige als kleines, neutrales und traditionell auf Unabhängigkeit ausgerichtetes Land. Wunsch von Albanien zur Verstärkung der Zusammenarbeit deshalb stark ausgeprägt.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen auf diversen Gebieten:

Politische Kultur:

Zurverfügungstellung von Rechtsexperten für Verfassungsrevision und Gesetzgebung;

Wirtschaft:

- Gewährung von allgemeinen Zollpräferenzen durch die Schweiz;
- Albanien erkundigt sich über die Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Hilfe seitens der EFTA (Modell EFTA-Strukturfonds für Jugoslawien); JAC erklärt den spezifischen Charakter dieses Fonds für Jugoslawien; es ist zu erwarten, dass von Albanien entsprechende Vorsprachen beim EFTA-Sekretariat unternommen werden.
- punktuelle Programme im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit könnten geprüft werden, falls die Voraussetzungen gegeben sind (z.B. Gesundheitswesen, Umweltschutz).
- Albanien wünscht Investitionen aus der Schweiz (z.B. Textilbereich, Tourismus etc.).

Ausbildung/Kultur:

- verstärkter Personenaustausch, auch zu Ausbildungszwecken;
- ev. Ausbildung von Zentralbankexperten (Nationalbank-Zentrum Gerzensee);
- Zusammenarbeit von Universitäten;
- Modell der Partnerschaftsgemeinden;

Diverses:

- Uebergabe Memorandum betreffend Unterzeichnung Genfer Zusatzprotokolle; Prüfung in Aussicht gestellt;
- Einladungen:
Bundesrat Felber wurde zu offiziellem Besuch nach Albanien eingeladen;
- Vize-Aussenminister Plaka wird Gegenbesuch in Bern (ev. 1991) durchführen.

3) **Visite di lavoro del Segretario di Stato Franz Blankart (blf) presso le autorità belghe (18-19.10.1990) e lussemburghesi (5.11.1990)**

1. Visita in Belgio

Durante la sua visita in Belgio, blf si è intrattenuto con le seguenti persone:

- R. Urbain (U), Ministro del commercio estero
- Ambasciatore R. Guillot-Pingue (GP), Direttore generale degli affari economici al MAE
- D. Struye de Swilande (SdS), Direttore degli affari europei al MAE

a. SEE

GP non ritiene audace pensare che il Consiglio possa volersi attendere un "political breakthrough" prima della fine dell'anno.

GP sottolinea inoltre la necessità di evitare ogni ambiguità riguardo alla questione della tutela dell'autonomia di decisione della CEE. Ammette comunque che i paesi dell'AELS non devono essere posti davanti al fatto compiuto: una vera "concertazione" deve giocare a tal fine.

SdS è dell'opinione che, a causa della quantità e della complessità delle problematiche cui è confrontata la CEE, lo SEE occupa un posto sempre minore di fronte all'approfondimento dell'integrazione in seno ai 12.

Benchè dia la priorità all'approfondimento della CEE, alla salvaguardia della sua autonomia di decisione e delle finalità del Trattato di Roma, il governo belga esprime la ferma volontà politica di condurre a buon fine lo SEE.

SdS conferma che le maggiori resistenze provengono dalla Spagna, dalla Grecia e dalla Commissione CEE.

Il dossier 28t suscita la comprensione delle autorità belghe ormai acquisite al principio del traffico combinato. SdS ci mette in guardia contro gli enormi interessi e le pressioni esercitate dai trasportatori italiani e tedeschi.

b. GATT

Il dossier agricolo preoccupa U. Non esclude che la posizione CEE possa essere fissata solo la notte del 4.12. Il Belgio non vuole sacrificare sull'altare dell'agricoltura gli altri risultati dell'UR.

GP condivide il nostro punto di vista sui servizi. Il Belgio non avrebbe difficoltà a fare degli "initial commitments". Sarà invece difficile vendere questa idea ai PVS.

Per quanto attiene all'agricoltura, GP pensa che la CEE finirà per mettersi d'accordo su una proposta di riduzione del sostegno tra il 20 e il 30%. Il rischio maggiore è rappresentato a suo avviso da un rifiuto puro e semplice di tale proposta da parte degli USA.

Globalmente GP pensa che soluzione è possibile in tutti i principali settori controversi del negoziato tranne che in agricoltura, ciò che lo rende particolarmente scettico riguardo al buon esito del Round.

c. FMI/BM

GP ha condiviso la nostra posizione riguardo al dossier dell'adesione alle istituzioni di BW.

d. Adattamento del Trattato di commercio CH/UEBL del 26.8.1929

Per una conclusione di questo affare entro la fine dell'anno un ulteriore contatto tra esperti sarà ancora necessario.

2. Visita a Lussemburgo

Questa visita si iscrive nel quadro dei contatti con il paese incaricato della prossima presidenza della CEE. Blf si è dapprima intrattenuto con il Ministro degli AE e del commercio estero, J. Poos (P). Ha poi partecipato ad una riunione di lavoro presieduta dal Segretario generale del MAE, ambasciatore Mertz, ed alla quale hanno preso parte il Direttore politico, ambasciatore Kasel (K), e il Direttore economico, signor Berns.

a. Incontro con il Ministro Poos

P ha manifestato la ferma intenzione del suo governo di condurre a buon fine il progetto SEE durante la presidenza lussemburghese. Pensa che le recenti dichiarazioni svedesi hanno creato una certa ambiguità rispetto al carattere politico del trattato SEE. Un ampliamento della CEE non essendo previsto prima del 1996, bisogna trovare una soluzione, pragmatica se necessario, che sia valida in sè. La nozione di "accordo sui generis" non gli dispiace, poichè non esclude più alcune eccezioni permanenti (ex. pesca) pur rifiutandone categoricamente altre (ex. investimenti nelle imprese nordiche). Per il resto P preconizza clausole di salvaguardia. Riguardo al decision making process, P non esclude riunioni a 19, meccanismi per attenuare gli effetti dei "faits accomplis" e decisioni back to back. Ritiene comunque eccessiva l'importanza attribuita alle questioni istituzionali dato che nel 1992 la legislazione del mercato unico sarà completata. Critica Delors per aver costantemente aumentato le esigenze riducendo nel contempo la sua offerta, incitando così i paesi dell'AELS all'adesione. Urge quindi realizzare lo SEE prima che comincino i negoziati con i paesi dell'Europa centrale. P non esclude un accordo misto da parte CEE e prende atto del fatto che l'AELS non sarà parte contraente.

b. Riunione di lavoro

Blf ha presentato la nostra posizione concernente la sostanza e le istituzioni dello SEE. La reazione degli interlocutori può essere così riassunta:

- Deplorano l'assenza di progressi del dossier.
- Insistono sul fatto che la CEE deve poter continuare a funzionare senza interferenze esterne, ma ritengono legittima una partecipazione dell'AELS alle decisioni SEE.
- Esprimono simpatia per la soluzione istituzionale presentata da blf. Temono tuttavia che il cartesianismo abbia il sopravvento sul pragmatismo in seno alla CEE.
- Dopo aver riconosciuto gli sforzi compiuti dai paesi dell'AELS nel ridurre la lista delle deroghe, avanza l'idea di un accordo che escluderebbe alcuni settori (ex. agricoltura).
- Sono dell'avviso che il negoziato è fortemente condizionato dal fatto che lo SEE è percepito da alcuni paesi della CEE e dell'AELS come un negoziato di pre-adesione.
- Riconoscono peraltro che lo SEE deve essere trattato secondo i suoi propri meriti e sottolineano la necessità di pervenire ad un "political breakthrough".

- Dubitano che il trattato CEE disponga di una base giuridica che permetta di affrontare pragmaticamente il progetto SEE: l'art. 113 (politica commerciale) è troppo limitato, l'art. 238 (associazione) è concepito per altri scopi.

I Lussemburgesi vollero infine conoscere la nostra posizione in merito ad un eventuale elemento politico dello SEE. Blf ha risposto che delle consultazioni sarebbero più facilmente concepibili che una vera e propria concertazione. Ha inoltre aggiunto che un elemento politico in un accordo satellizzante sarebbe altrettanto inconcepibile che un simile accordo.

La questione dell'accordo di doppia imposizione non è stata sollevata.

4) **5e réunion conjointe de la Commission des relations économiques extérieures et du Comité des Parlementaires de l'AELE, 6-7 novembre 1990**

Le Président de Clercq ouvrit la séance en soulignant son attitude positive à l'égard de l'EEE tout en exprimant sa perplexité quant aux prises de position suédoises. Le Coprésident Jankowitsch quant à lui a expliqué la non-contradiction entre l'EEE et l'adhésion.

Le représentant de la Commission Cohen présenta un long exposé sur l'état de la négociation, dont on peut retenir un mauvais et deux bons points:

1. la nécessité de renforcer l'AELE en matière de concurrence
2. l'institution de consultations permanentes entre la CE et les pays de l'AELE en matière de decision shaping
3. le libre-échange en matière agricole nécessite une PAC, ce qui n'est pas possible.

Le SE Blankart a exposé la position de l'AELE en sa fonction de négociateur en chef.

Le rapporteur Rossetti admit que l'AELE parle d'une voix, mais ceci sur la base de motivations et de finalités fort différentes. Malgré ce fait, il faut réussir l'EEE qui n'est pas antinomique par rapport à l'adhésion. L'alternative serait l'inertie. L'EEE est d'autant plus important qu'il fait partie de l'architecture paneuropéenne. Quant au decision making, Rossetti plaida en partie les thèses italiennes (Ugguccioni).

Les parlementaires de l'AELE ont adressé à leurs collègues communautaires un message sans équivoque: l'EEE et l'adhésion ne se contredisent pas, le premier étant en tout cas un passage obligé, donc souhaitable, quel que soit l'avenir. L'impression d'un "collaps" de l'AELE et des négociations EEE a pu être évitée.

Les parlementaires du REX quant à eux ont montré une large gamme d'opinions dans leur approche qui va de la dureté inconditionnelle (NL) jusqu'au pragmatisme constructif et compréhensif (GB), les deux tendances n'excluant cependant pas un Luxembourg plus, c'est-à-dire une série d'accords sectoriels. Dans cette dernière hypothèse, le "Schwarze Peter" serait du côté de l'AELE à cause des dérogations. Quant à ces dernières, ils ont montré peu de flexibilité sauf à l'égard de l'Islande.

En concluant la séance, M. de Clercq fit une parfaite "salade institutionnelle" en plaidant d'une part pour un decision shaping musclé, mais en excluant toute décision commune. Ce qui revient à dire implicitement que le Conseil des CE déciderait aussi à la place des pays de l'AELE, relation juridique qui existait jadis dans les relations entre la métropole et les colonies... En effet, M. de Clercq doit s'imaginer que les pays de l'AELE désirent prendre place au Conseil CE, tandis que ces derniers préconisent une décision back to back du Conseil de l'EEE. Ceci a incité le SE Blankart à reprendre la parole. Tout en se félicitant des idées de M. de Clercq quant à la préparation des décisions, il a rappelé que l'on ne peut avoir un droit en commun si l'on n'a pas une décision commune qui, elle, se fait parallèlement à la décision communautaire au niveau de l'EEE et ne constitue donc pas une ingérence dans les affaires de la CE.

L'atmosphère qui a régné tout au long de la séance peut être considérée comme bonne, en tout cas meilleure que celle à laquelle on pouvait s'attendre après la séance houleuse du Comité REX du 31 octobre.

Le 7 novembre le Conseiller fédéral J.-P. Delamuraz, au cours du déjeuner qu'il offrait aux parlementaires en tant que président de l'AELE, a réaffirmé la détermination des pays de l'AELE de mener à terme la négociation sur un Espace économique européen qui devrait entrer en vigueur le 1.1.1993, en même temps que le marché intérieur. Il a à son tour souligné que l'EEE ne saurait être conçu comme une alternative à une adhésion et qu'il reste l'objectif immédiat de tous les pays de l'AELE. Il ne devrait pas non plus être vu comme un geste généreux d'une des parties à la négociation (la CE) en faveur des autres, mais comme un accord d'intérêt mutuel pour lequel toutes les parties doivent faire des concessions.

Dans sa réponse, le Président de Clercq après avoir repris à son compte la non-contradiction entre un EEE et une adhésion, a mis l'accent sur l'inévitabilité d'une coopération en profondeur entre la CE et les pays de l'AELE et sur la nécessité de clarifier rapidement les idées de part et d'autre sur les concepts d'élaboration et de prise des décisions dans l'EEE, afin d'éviter de futurs malentendus.

5) Gulf Crisis Financial Coordination Group (GCCG)

3e séance, Rome - 5.11.1990

La 3e séance du GCCG, la première a être tenue hors de Washington, a été co-présidée par les EU (Mulford/Kimmitt) et l'Italie (Sarcinelli). Le groupe a été élargi aux pays suivants : A, SF, N, GR, Is, NZ, Aus. Très bien animés par les Italiens dans la "Sala della Maggioranza" du Trésor les travaux ont été menés tambour battant par un Mulford qui s'est senti parfaitement "chez lui".

C'est ainsi que les EU ont une fois de plus placé l'exercice dans un contexte plus large. L'apport économique est censé s'inscrire dans une démarche stratégique et politique d'ensemble. Pour leur part les représentants du FMI et de la BM ont décrit leur engagement et leur appréciation des besoins des trois pays au centre de l'opération, à savoir l'Egypte, la Jordanie et la Turquie. Les trois pays font présentement l'objet d'une analyse détaillée de la part de ces institutions. Des quelque 13 mia US dollars d'assistance annoncés jusqu'ici plus de 60 pour cent vont être couverts par les pays du Golfe (8.4 mia US dollars). La CE et ses pays membres ainsi que le Japon participent avec quelque 2 mia US dollars. L'apport d'autres pays pourrait se situer autour de 300 mia US dollars.

La réunion, conçue en fait comme une session de "pledging", a permis aux principaux contributeurs de confirmer leurs engagements antérieurs ainsi que d'annoncer de nouvelles contributions. Parmi ces dernières, il convient de citer le doublement du montant de 130 mio de la part de la France ainsi que les apports des pays nordiques (SF 10, N 5, S 45) et de l'Espagne (26 mio).

La Suisse a pour sa part inscrit la démarche d'assistance aux pays directement touchés dans un cadre plus large qui inclut également certains PED et les pays d'Europe centrale. Elle a également fait remarquer que la rotation des lieux de rencontre et l'élargissement du groupe à la grande majorité des pays de l'OCDE souligne le caractère multilatéral de l'action. L'annonce

d'une contribution de 100 mio US dollars, qui pourrait être ajustée à la lumière de la quote-part qui nous sera attribuée par le FMI, n'a pas manqué son effet et a été particulièrement appréciée et relevée par la co-présidence.

Pour leur part les pays du Golfe ont tous plaidé pour une inclusion de la Syrie. Certains d'entre eux ont en outre indiqué leur soutien à un cercle plus large de pays de la région Moyen-Orient/Afrique.

La deuxième surprise du jour est venue des Etats-Unis. Ils ont informé le groupe que suite à une initiative du Congrès, acceptée par le Président, Washington entend lancer une conférence multilatérale visant à une annulation de la dette égyptienne liée à d'anciennes livraisons militaires. La réaction des participants européens, japonais mais aussi et surtout du Président du Club de Paris (Trichet) a été plus que réservée. Même l'indication des EU qu'une telle démarche implique la mise en place d'une procédure compatible avec le Club de Paris n'a, à ce stade, guère apaisé les esprits.

En conclusion, la séance aura permis d'asseoir ultérieurement la consistance de l'exercice même si la présente coordination demeure une juxtaposition de démarches strictement bilatérales avec tous les problèmes de transparence et d'additionnalité que cela implique. L'interface entre l'action du FMI/BM et l'action du GCCG n'est pas sans poser des problèmes et continuera à accompagner les travaux du groupe.

Compte tenu de l'état actuel des engagements annoncés, les EU ont tout particulièrement relevé le risque d'un déboursement insuffisant pendant cette année ainsi qu'un GAP important dans le cas de la Jordanie.

La prochaine réunion du groupe pourrait se tenir en janvier 1991 à un endroit à préciser.

(Délégation Suisse dirigée par Directeur U. Gygi, comprenait représentants AFF, DFAE/SEF, OFAEE et Ambassade.)

6) **Blanchiment des capitaux, séance constitutive du nouveau Groupe d'Action Financière (GAFI)**
(Paris, 5.11.1990)

L'ancien GAFI, et dont les recommandations avaient été adoptées en mai par les Ministres responsables des 15 pays membres, avait accompli son mandat après avoir fait rapport au Sommet de Houston. La réunion constitutive du Groupe qui a pris la relève s'est tenue le 5.11.90 à Paris dans une composition comprenant virtuellement tous les pays de l'OCDE. Le nouveau groupe a défini ses deux priorités pour les mois à venir.

1. **La surveillance.** Un premier centre de gravité revient à l'élaboration d'un dispositif de surveillance de la mise en oeuvre des recommandations par les pays membres. Le groupe discutera en outre les éventuels besoins d'adaptations et d'adjonction aux recommandations. Cette surveillance s'opérera dans deux sous-groupes consacrés respectivement aux aspects légaux et financiers.

2. **Elargissement/rerelations extérieures.** A ce stade il n'est prévu d'élargir le Groupe qu'à Hong Kong et à Singapour ainsi que, le cas échéant, au Gulf Coordination Council. Par ailleurs, le Groupe entend engager le dialogue avec toute une série d'autres pays et cela dans un contexte régional. Cela devrait aboutir à une certaine répartition des tâches. Ainsi, le contact avec les pays des Caraïbes sera poursuivi dans la foulée de la Caribbean Conference. L'Organisation des Etats Américains devrait servir de cadre aux pourparlers avec les pays d'Amérique latine. Dans les deux cas les Etats-Unis joueront un rôle clé. Les contacts avec les pays africains devraient avoir lieu à la Banque Africaine de Développement, étant entendu que la France, et dans une certaine mesure le Royaume-Uni, entendent les gérer. S'agissant des pays de l'Arc Pacifique, le Japon entend insérer le dialogue dans le cadre de la Banque Asiatique de Développement. Les modalités de mise en place d'une discussion avec les pays de l'Est sont restées ouvertes. A la demande de la France,

la Suisse a été invitée à contacter le Liechtenstein. La stratégie extérieure du Groupe et l'engagement de discussion avec différentes institutions internationales et régionales seront traités par un troisième sous-groupe.

Le Groupe s'attend à ce que d'ici le printemps prochain il soit possible de réunir tous les pays ayant été associés à ce dialogue. Etant donné que la France a laissé entendre que cette deuxième phase de l'action du Groupe pourrait bien être la dernière par elle dirigée, la question de l'insertion de tout l'exercice dans une organisation (existante) se posera par conséquent assez rapidement. Une attention particulière sera vouée aux possibilités de l'OCDE d'abriter les activités du Groupe sous une forme ou sous une autre.

7) Ministerkonferenz der Pompidou-Gruppe in Strassburg

Am 8./9. November fand in Strassburg im Rahmen des Europarats die 9. Ministerkonferenz der Gruppe für Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel, der sogenannten Pompidou-Gruppe, statt. Die schweizerische Delegation wurde von Botschafter Jean-Pierre Vettovaglia, Missionschef in Wien, geleitet und umfasste weiter Vertreter des BAG und der DIO.

Die Ministerkonferenz diskutierte die bisherigen und zukünftigen Aktivitäten der Gruppe, die Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Drogengremien und die Beziehungen zu den zentral- und osteuropäischen Staaten. Die besondere Bedeutung, die der Pompidou-Gruppe im letzteren Bereich als Forum der Eingliederung dieser Staaten in die europäische Drogenzusammenarbeit zukommt, wurde durch die von der Konferenz an die CSFR und Polen ergangene Einladung unterstrichen, nach Ungarn und Jugoslawien nun ebenfalls der Gruppe beizutreten. Vom 7.-9. Mai 1991 wird in Oslo unter dem Patronat der Pompidou-Gruppe eine vom Europäischen Rat der EG angeregte Ministerkonferenz über Drogenfragen der west- und osteuropäischen Staaten stattfinden.

Am Rand der Konferenz wurde die seinerzeit von der Pompidou-Gruppe initiierte, aber von anderen Organen des Europarats ausgearbeitete Konvention betreffend Geldwäscherei, Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von deliktischen Vermögenswerten von zwölf Staaten unterzeichnet. Die Schweiz, die diesem Instrument positiv gegenübersteht und beabsichtigt, ihre eigene Gesetzgebung über die Einziehung deliktisch erworbener Vermögenswerte zu verstärken, war vor allem aus Gründen der noch nicht abgeschlossenen internen Konsultation zu einer Unterzeichnung noch nicht in der Lage.



K. Jacobi

1. A. 22, 14, 7, 3. Interne Verteilerliste

Betrifft: IH "normales" und "rapides" 46/90 vom 12.11.1990

Departementsvorsteher	Bundesrat René Felber	BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Comberous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter von Salis	VSG
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei Pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Friederich	FRI
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Frankophoniedienst	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
	Hr. Hauswirth	HC
	Hr. Yersin	YO
	Hr. Brandel/Hr. de Luca	BL/LU
	Hr. Fotsch/Hr. Nobs	FOC/NB
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Minister von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Botschafter Hoffmann	HO
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC

Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	MAI
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Hadorn	HAD
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger Hr. Ziswiler	kel zis
CH-91	Botschafter Vallon	VAL

Zentralstelle Gute Dienste

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Loréтан, W 134

- Seeschiffahrtsamt, Basel

- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

- alle Bundesräte (für Info hebdo)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
<u>Asuncion</u>	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> <i>NIKOSIA</i>	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- *IH+DP*